



Jahrgang 25; Nummer 06/2019

Ketzin/Havel, den 22. Mai 2019

## Inhaltsverzeichnis

### Öffentliche Bekanntmachungen

1. Öffentliche Bekanntmachung der Wahl der/des hauptamtlichen Bürgermeisterin/Bürgermeisters der Stadt Ketzin/Havel am 01.09.2019 .....2  
**Ende des amtlichen Teils**

### Nichtamtlicher Teil

2. Impressum .....4

## **Öffentliche Bekanntmachung der Wahl der/des hauptamtlichen Bürgermeisterin/Bürgermeisters der Stadt Ketzin/Havel am 01.09.2019**

Gemäß § 64 Absatz 3 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes (BbgKWahlG) in Verbindung mit § 31 Absatz 2 und 3 der Brandenburgischen Kommunalwahlverordnung (BbgKWahlV) mache ich Folgendes bekannt:

### **I. Wahltermine für die Hauptwahl sowie die Wahlzeit**

Die Wahl der/des Bürgermeisterin/Bürgermeisters der Stadt Ketzin/Havel findet am

**Sonntag, dem 01.09.2019**

statt.

Entfällt auf keinen der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen und umfasst diese Mehrheit nicht mindestens 15 % der Zahl der wahlberechtigten Personen findet am Sonntag, dem 15. September 2019 eine Stichwahl statt. Die Hauptwahl und die etwaige Stichwahl finden in der Zeit von 08:00 bis 18:00 Uhr statt.

Die Stelle der/des Bürgermeisterin/Bürgermeisters ist hauptamtlich. Die/Der hauptamtliche Bürgermeisterin/Bürgermeister wird in freier, allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl von den Bürgern der Stadt für acht Jahre gewählt. Wählbar zur/zum hauptamtlichen Bürgermeisterin/Bürgermeister sind Deutsche oder Unionsbürger, die

- am Tag der Hauptwahl das 18. Lebensjahr vollendet haben und
- in der Bundesrepublik Deutschland ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

### **II. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen**

Die Wahlvorschläge sollten möglichst frühzeitig eingereicht werden. Sie müssen spätestens bis zum

**Donnerstag, dem 27. Juni 2019, 12:00 Uhr**

bei der **Wahlleiterin für die Stadt Ketzin/Havel,  
Rathausstraße 7, 14669 Ketzin/Havel**

**schriftlich** eingereicht werden.

**Nach Ablauf der Einreichungsfrist können Mängel, die sich auf die Benennung der Bewerberin oder des Bewerbers beziehen, nicht mehr behoben und fehlende Unterstützungsunterschriften nicht mehr beigebracht werden. Das gleiche gilt, wenn der/die Bewerber/in so mangelhaft bezeichnet sind, dass seine/ihre Identität nicht feststeht.**

### **III. Inhalt und Form der Wahlvorschläge**

1. Die Wahlvorschläge sind unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften aufzustellen. Die Wahlvorschläge müssen den Bestimmungen über Inhalt und Form der Wahlvorschläge in § 70 Abs. 2 BbgKWahlG i.V.m. § 28 Abs. 2 Nr.1 bis 3 BbgKWahlG und § 33 BbgKWahlV entsprechen.
2. Jeder Wahlvorschlag darf nur eine/n Bewerber/in enthalten. Der/die Bewerber/in darf nur auf einem Wahlvorschlag benannt sein. Der/die Bewerber/in auf dem Vorschlag einer Partei darf nicht Mitglied einer anderen Partei sein, die mit einem eigenen Wahlvorschlag zur Wahl antritt. Der Wahlvorschlag muss weiterhin enthalten:
  - a) **den Familiennamen, die Vornamen, den Beruf oder die Tätigkeit, den Tag der Geburt, den Geburtsort, die Staatsangehörigkeit und die Anschrift des/der Bewerbers/in,**
  - b) **als Wahlvorschlag einer Partei oder politischen Vereinigung** den vollständigen Namen der einreichenden Partei oder politischen Vereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese; der im Wahlvorschlag angegebene Name der Partei oder politischen Vereinigung muss mit dem Namen übereinstimmen, den diese im Lande führt,
  - c) **als Wahlvorschlag einer Wählergruppe** den Namen der einreichenden Wählergruppe und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese; aus dem Namen muss hervorgehen, dass es sich um eine Wählergruppe handelt; der Name und die etwaige Kurzbezeichnung dürfen nicht den Namen von Parteien oder politischen Vereinigungen oder deren Kurzbezeichnung enthalten,
  - d) **als Wahlvorschlag einer Listenvereinigung** den Namen der Listenvereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese; zusätzlich sind die Namen und, sofern vorhanden, auch die Kurzbezeichnungen der an ihr beteiligten Parteien, politischen Vereinigungen und Wählergruppen anzugeben,

Der **Wahlvorschlag** einer **Einzelbewerberin** oder eines **Einzelbewerbers** darf nur die unter Buchstabe **a)** bezeichneten Angaben enthalten.

3. In jedem Wahlvorschlag sind eine **Vertrauensperson** und eine **stellvertretende Vertrauensperson** zu benennen. Die Vertrauensperson und ihr Stellvertreter müssen wahlberechtigt sein. Die Vertrauensperson und die stellvertretende Vertrauensperson, jede für sich ist berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Wahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen.
4. Der **Wahlvorschlag einer Partei oder politischen Vereinigung** muss von mindestens zwei Mitgliedern des für das Wahlgebiet zuständigen Vorstandes, darunter der oder dem Vorsitzenden oder einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter, unterzeichnet sein. Der **Wahlvorschlag einer Wählergruppe** muss von der oder dem Vertretungsberechtigten unterzeichnet sein. Die Vertretungsberechtigung ist auf mein Verlangen nachzuweisen. Der **Wahlvorschlag einer Listenvereinigung** muss von jeder an ihr beteiligten Partei, politischen Vereinigung und Wählergruppe entsprechend unterzeichnet sein.
- Der **Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin** oder eines **Einzelbewerbers** muss von dieser oder diesem unterzeichnet sein.
5. Die im § 33 BbgKWahlV genannten Unterlagen sind den Wahlvorschlägen beizufügen:
- die Erklärung des/der **Bewerbers/Bewerberin**, dass er/sie seiner/ihrer Benennung auf dem Wahlvorschlag schriftlich zustimmen und dass er/sie für keinen weiteren Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters einer Stadt, seine/ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerber/in gegeben hat;
  - wird der Wahlvorschlag von einer **Partei** eingereicht, hat die Bewerberin oder der Bewerber in der Zustimmungserklärung zudem ihre oder seine Parteimitgliedschaften anzugeben oder zu erklären, dass sie oder er parteilos ist;
  - für jeden Bewerber eine Versicherung an Eides statt nach § 70 Abs. 4 Sätze 3 und 4 BbgKWahlG;
  - für jeden Deutschen eine Bescheinigung der Wahlbehörde, dass der/die vorgeschlagene Bewerber/in wählbar ist;
  - für jeden Unionsbürger die in § 70 Abs. 4 Satz 2 BbgKWahlG vorgeschriebene Versicherung an Eides statt sowie die Bescheinigung der Wahlbehörde;
  - Die Bewerberinnen und Bewerber einer Partei oder politischen Vereinigung müssen in einer Versammlung der zum Zeitpunkt ihres Zusammentritts im gesamten Wahlgebiet wahlberechtigten Mitglieder der Partei oder politischen Vereinigung in geheimer Abstimmung bestimmt worden sein (Mitgliederversammlung). Dies kann auch durch Delegierte geschehen, die von den Mitgliedern aus ihrer Mitte in geheimer Wahl hierzu besonders gewählt worden sind (Delegiertenversammlung).
  - Die Bewerberinnen und Bewerber einer Wählergruppe müssen in einer Versammlung der zum Zeitpunkt ihres Zusammentritts im gesamten Wahlgebiet wahlberechtigten Mitglieder der Wählergruppe (Mitgliederversammlung) oder, wenn die Wählergruppe **nicht** mitgliedschaftlich organisiert ist, in einer Versammlung der zum Zeitpunkt ihres Zusammentritts im gesamten Wahlgebiet wahlberechtigten Anhängerinnen und Anhänger (Anhängerinnen- und Anhängererversammlung) der Wählergruppe in geheimer Abstimmung bestimmt worden sein. Dies kann auch durch Delegierte geschehen, die von den Mitgliedern oder Anhängerinnen und Anhängern aus ihrer Mitte in geheimer Wahl hierzu besonders gewählt worden sind (Delegiertenversammlung).; im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 33 BbgKWahlG sinngemäß.
  - Über die Mitglieder-, Anhängerinnen- und Anhänger- oder Delegiertenversammlung ist eine Niederschrift nach dem Muster der Anlage 9a zu § 32 Absatz 5 Nummer 4 BbgKWahlV zu fertigen, die dem Wahlvorschlag beizufügen ist. Aus der Niederschrift müssen die Art, der Ort und die Zeit der Versammlung, die Form der Einladung, die Anzahl der erschienenen Mitglieder, Anhängerinnen und Anhänger oder Delegierten sowie das Ergebnis der geheimen Wahl hervorgehen. Hierbei haben die Leiterin oder der Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmte Teilnehmerinnen oder Teilnehmer an Eides statt zu versichern, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen an eine demokratische Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten gemäß § 33 Absatz 5 BbgKWahlG beachtet worden sind.

#### IV. Hinweise auf Unterstützungsunterschriften

- Das Erfordernis von Unterstützungsunterschriften gilt nicht für Amtsinhaber, die sich der Wiederwahl stellen.
- bei Wahlvorschlägen von Parteien, politischen Vereinigungen, die am Tag nach der Bekanntmachung des Wahltages aufgrund eines zurechenbaren Wahlvorschlages
  - a) in der zu wählenden Vertretung durch mindestens ein Mitglied oder
  - b) im Kreistag des Landkreise Havelland durch mindestens ein Mitglied oder
  - c) im Landtag durch mindestens einen Abgeordneten oder
  - d) im Deutschen Bundestag durch mindestens einen im Land Brandenburg gewählten Abgeordneten seit deren letzter Wahl ununterbrochen vertreten sind,
- bei Wählergruppen, die am Tag nach der Bekanntmachung des Wahltages aufgrund eines zurechenbaren Wahlvorschlages
  - a) in der zu wählenden Vertretung durch mindestens ein Mitglied oder
  - b) im Kreistag des Landkreise Havelland durch mindestens ein Mitglied seit deren letzter Wahl ununterbrochen vertreten sind,
- bei Einzelbewerbern, die am Tag nach der Bekanntmachung des Wahltages aufgrund eines Einzelwahlvorschlages Mitglied der zu wählenden Vertretung oder des Kreistages des Landkreise Havelland sind.

**Wichtige Hinweise**

Dem Wahlvorschlag einer Partei, einer politischen Vereinigung, einer Wählergruppe, einer Listenvereinigung, einer Einzelbewerberin oder eines Einzelbewerbers, die oder der nach der vorstehenden Nummer 6 von dem Erfordernis von Unterstützungsunterschriften **nicht** befreit ist, muss von - **10** - zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Wahlvorschlages Wahlberechtigten die keine Bewerber des Wahlvorschlages sind, unterschrieben sein (Unterstützungsunterschriften). Eine wahlberechtigte Person darf nur jeweils einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Hat eine Person mehr als einen Wahlvorschlag unterzeichnet, so ist ihre Unterstützungsunterschrift auf sämtlichen Wahlvorschlägen ungültig.

Die persönliche, überprüfbare Unterstützungsunterschrift der wahlberechtigten Person ist **spätestens** bis zum  
**Mittwoch, den 26. Juni 2019, 16:00 Uhr,**

bei der

**Wahlbehörde, Stadt Ketzin/Havel,  
Bürgerbüro, Rathausstraße 29, 14669 Ketzin/Havel**

zu leisten.

Die Unterstützungsunterschrift kann auch vor einem Notar oder einer anderen zur Beglaubigung von Unterschriften ermächtigten Stelle geleistet werden. Die hierzu von mir auf Anforderung ausgegebenen Unterschriftenlisten sind der Wahlbehörde (Stadt Ketzin/Havel, Rathausstraße 7, 14669 Ketzin/Havel) bis

**Mittwoch, den 26. Juni 2019, 16:00 Uhr,**

vorzulegen.

Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften sind auf den von mir aufgelegten oder ausgegebenen amtlichen Formblättern für Unterschriftenlisten nach dem Muster der Anlage 6 zu § 32 Absatz 4 Nummer 3 BbgKWahlV zu erbringen.

Eine wahlberechtigte Person, die wegen einer körperlichen Behinderung einer Hilfe bei der Unterschriftsleistung bedarf, kann eine Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) bestimmen, die die Unterschriftsleistung vornimmt. Eine wahlberechtigte Person, die wegen einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Wahlbehörde aufzusuchen, kann auf Antrag die Unterstützungsunterschrift durch Erklärung vor einer oder einem Beauftragten der Wahlbehörde ersetzen. Der Antrag kann bis **Montag, den 24. Juni 2019, 16:00 Uhr,** schriftlich gestellt werden.

**V. Zulassung der Wahlvorschläge**

Der Wahlausschuss beschließt spätestens am 05.07.2019 in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge. Im Übrigen wird auf § 37 BbgKWahlG sowie §§ 38 und 39 BbgKWahlV verwiesen.

**VI. Vordrucke für die Einreichung von Wahlvorschlägen**

Die für die Einreichung von Wahlvorschlägen erforderlichen Vordrucke werden von mir beschafft und können bei mir angefordert werden.

Die Wahlleiterin für die Stadt Ketzin/Havel  
Ilona Thiele

---

**Ende des amtlichen Teils**

**Impressum**

Das Amtsblatt für die Stadt Ketzin/Havel erscheint in der Regel 3 Wochen nach den Stadtverordnetenversammlungen (Termine unter [www.ketzin.de](http://www.ketzin.de)) in einer Auflage von 500. Es ist kostenlos an folgenden Ausgabestellen in Ketzin/Havel erhältlich: Rathaus (Rathausstr. 7) und Stadthaus/Bürgerbüro (Rathausstr. 29), Tourist-Information (Rathausstraße 18) sowie bei den Ortsvorstehern zu den bekannten Sprechzeiten. Das Amtsblatt kann gegen Erstattung der erforderlichen Postgebühren bezogen werden. Außerdem kann es über die Anmeldung zum Newsletter auf der Internetseite [www.ketzin.de](http://www.ketzin.de) per E-Mail zugesendet werden.

**Herausgeber**

Stadt Ketzin/Havel  
Der Bürgermeister  
Rathausstraße 7  
14669 Ketzin/Havel